



## Presseinformation

Nr. 429/2011

Kiel, Donnerstag, 25. August 2011

Energie / KKW Brokdorf

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Günther Hildebrand, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Katharina Loedige, MdL**  
Parlamentarische Geschäftsführerin

### Oliver Kumbartzky: Atomaufsicht prüft umfangreich und sorgfältig

In seiner Rede zu **TOP 27** (Bericht zum Zustand des AKW Brokdorf) sagt der energiepolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Ich begrüße außerordentlich, dass die Grünen – genau wie ich – auf den Fach- und Sachverstand der Aufsichtsbehörden zählen. Die zahlreichen Berichte, die sie vom Justizministerium einfordern, belegen dies.“ Die Grünen hätten in Pressemitteilungen den Eindruck erwecken wollen, dass die besagte Thematik erst durch ihre kleine Anfrage öffentlich geworden sei, erklärt Kumbartzky. Die Thematik der Verformung von Brennelementen sei allerdings nicht neu, sondern schon seit Jahren bekannt. Die Verformungen bewegten sich allerdings im zulässigen Bereich und hätten für die Sicherheit der Anlage keine Bedeutung, da das Schnellabschaltssystem in jedem Fall funktioniert habe. „Ich möchte noch einmal betonen, dass der Transformator nicht zum atomaren Bereich des Kraftwerkes gehört. Die Netztrennung nach dem Ausfall des Transformators erfolgte entsprechend der Auslegung der Anlage, ohne dass es Rückwirkungen auf die Reaktoranlage gab. Die Prüfungen und Messungen haben derweil ergeben, dass der zweite Transformator technisch einwandfrei ist“, betont Kumbartzky.

„Fachleute und Erfahrungen aus anderen Kernkraftwerken belegen, dass die Wiederinbetriebnahme technisch möglich und zulässig ist. Es wurden Maßnahmen aus der Übertragbarkeitsprüfung des Ereignisses in Japan abgeleitet, die der weiteren Erhöhung der Robustheit der Anlage gegen auslegungsüberschreitende Ereignisse dienen. Außerdem wurden Infrastrukturmaßnahmen für den Notfallschutz ergänzt.“ Zudem seien zusätzliche Maßnahmen seitens der Betreibergesellschaft – beispielsweise zum Thema Hochwasserschutz – beantragt worden. Abschließend betont Kumbartzky, dass es beim Thema Kernenergie an oberster Stelle selbstverständlich und unmissverständlich um Sicherheit gehen müsse. Er habe keinen Zweifel daran, dass die Aufsichtsbehörde in Schleswig-Holstein dazu ihren verlässlichen Beitrag leiste.

www.fdp-sh.de